



HESSISCHER LANDTAG

30. 12. 2022

Kleine Anfrage

Saadet Sönmez (DIE LINKE) vom 05.12.2022

Urinkontrollen im Vollzug

und

Antwort

Minister der Justiz

Die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

- Frage 1. Welches Verfahren ist hinsichtlich der Urinkontrollen in den einzelnen Anstalten (auch Sicherungsverwahrung) vorgesehen?
- Frage 2. Werden, und wenn ja in welchem Turnus, Urinkontrollen regelhaft durchgeführt?
- Frage 3. Welche Anlässe erlauben eine Urinkontrolle unabhängig von einer etwaigen regelmäßigen Kontrolle?
- Frage 4. Welche Maßnahmen sorgen dafür, dass eine Urinprobe nicht geöffnet und verändert werden kann?
- Frage 5. Werden Urinproben anonymisiert? Wenn nein, warum nicht?
- Frage 6. Was spricht gegen eine generelle Versiegelung und Anonymisierung von Urinkontrollen?
- Frage 7. Wird, wenn ein Untergebrachter der Sicherungsverwahrung oder Gefangener die Urinkontrollen langfristig aus Protest gegen eine aus seiner Sicht bestehende Manipulationsmöglichkeit verweigert, im Einzelfall eine Versiegelung und Anonymisierung vorgenommen? Wenn nein, wie wurde bisher darauf reagiert?

Die Fragen werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Zur Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs, zur Gesundheitsfürsorge, Vermeidung neuer Straftaten und der Resozialisierung werden in den hessischen Justizvollzugsanstalten neben zahlreichen anderen Maßnahmen Urinkontrollen durchgeführt (§ 47 HStVollzG und die Parallelvorschriften der übrigen hessischen Justizvollzugsgesetze).

Im hessischen Justizvollzug sind sowohl Zugangs-, Verdachts - als auch Basis-kontrollen durchzuführen.

Zugangskontrollen dienen dazu, Suchtmittelabhängige zu erkennen und zu behandeln.

Verdachtskontrollen sind insbesondere durchzuführen beim Auffinden von Betäubungsmitteln und entsprechenden Utensilien in der Besitzsphäre von Gefangenen/Untergebrachten, bei geeigneten Hinweisen Dritter sowie bei Auffälligkeiten im Verhalten, Erscheinungsbild und Umfeld der Gefangenen/Untergebrachten, die auf Betäubungsmittelkonsum hindeuten.

In die Basiskontrolle werden Gefangene/Untergebrachte aufgenommen, bei denen es Hinweise, z. B. im Urteil, auf eine Betäubungsmittelabhängigkeit oder -gefährdung gibt. Die Gefangenen/Untergebrachten in der Basiskontrolle sollen in einem Jahr mindestens einmal pro Quartal getestet werden. Ferner sind Kontrollen insbesondere vor und nach der erstmaligen Gewährung vollzugsöffnender Maßnahmen angezeigt.

Generell verläuft eine Urinkontrolle wie folgt: Gefangene/Untergebrachte werden unangekündigt zur Abgabe einer Urinprobe aufgesucht und in einen gesonderten Raum verbracht. Die Abgabe der Probe erfolgt unter Beaufsichtigung. Sie wird dann im Beisein der oder des Gefangenen/

Untergerbachten mittels eines Schnelltestes durch eine Bedienstete oder einen Bediensteten kontrolliert. Wenn das Testergebnis negativ ausfällt, wird die Probe entsorgt. Ist die Probe positiv, wird sie zur Analyse an ein externes Labor gesandt. In Einzelfällen, insbesondere, wenn Gefangene/Untergebrachte im Methadonprogramm sind, finden Kontrollen im sog. RUMA-Verfahren statt. Dieses Verfahren bietet durch den Einsatz eines Markers, der zuvor unter Aufsicht oral eingenommen wurde, einen besonderen Schutz vor Manipulationen (z. B. durch Verwendung von Fremdurin oder „Verwässerung“ durch erhöhte Flüssigkeitszufuhr) durch die getestete Person. Im Übrigen wird mit der Probe wie dargelegt verfahren.

Dem Ministerium der Justiz liegen keine Hinweise vor, dass von Gefangenen/Untergebrachten abgegebene Urinproben nach Abgabe manipuliert wurden. Die Verfahren zur Urinkontrolle haben sich bewährt.

Wiesbaden, 30. Dezember 2022

Prof. Dr. Roman Poseck